

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Beitzelle 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 293.

Samstag, den 14. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages.

Trier, 13. Dezember.

Der Waffenstillstands-Vertrag wurde heute bis 17. Januar 1919 verlängert. Dieser Vertrag wird vorbehaltlich der Zustimmung der Alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden. Das Oberkommando der Alliierten Regierungen behält sich vor, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen. — Zu Beginn der Sitzung teilte Joch im Namen des amerikanischen Lebensmittel-Kontrollen-Hoover mit, daß die in Deutschland lagernden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands zur Verfügung gestellt werden müssen, wobei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutscher Besatzung versehen werden können. Die Versorgung mit Lebensmitteln wird von 2 Kommissionen geregelt werden, die eine, welche die Lebensmittel aufkauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte ihren Sitz in London hat.

Verkehrte Wirtschaft.

Ein Fachmann schreibt uns:
Der Krieg ist beendet, der Militarismus ist zu Boden geschlagen, aber die Rüstungsarbeit mit ihrem ungeheuren Aufwand an Material und Löhnen wird lustig fortgesetzt — zum Wohle der Arbeiter natürlich, aber unter schwerster Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens.
Man hätte schon immer von der Militärverwaltung erwarten sollen, daß sie jeden, die Lieferung von Kriegsmaterial betreffenden Vertrag mit einer Klausel des Inhalts versehen werde, daß sich mit Beendigung des Krieges die Pflicht zur Abnahme des Materials nur noch auf bereits fertiggestellte Gegenstände erstrecken werde. Soweit dieser Vorbehalt in die Verträge nicht aufgenommen wurde, vermochte die neue Regierung aus eigener Machtvollkommenheit den Kriegslieferungen ein Ende zu bereiten; sie hat sich dieser Maßnahme auch bedient, jedoch im Interesse der Arbeiter mit einem Vorbehalt, der den beabsichtigten Erfolg zum großen Teil wieder aufhebt und zu einer großen zwecklosen Verschwendung von Arbeitskräften und Material geführt hat. In der betreffenden Verordnung des Demobilisationsamtes heißt es, daß mit Rücksicht auf den Friedensaufbau unserer Wirtschaft alle Rüstungsarbeiten schleunigst eingestellt werden sollten, und daß die Heeresaufträge nur da fortzusetzen seien, wo es bei vollständiger Einstellung der Rüstungsarbeit nicht möglich wäre, die Arbeitskräfte in vollem Umfange zu beschäftigen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, ist diese Bestimmung — die mannigfachen willkürlichen Auslegungen Raum gibt — schon an sich sehr wenig zweckmäßig. Eine Arbeit, die keine wirtschaftlichen Werte schafft, ist überflüssig, in der Regel aber auch schädlich; wenn Arbeiter oder Kaufleute oder Techniker an einem Orte keine oder nur unzulängliche Beschäftigung finden, so sollen sie dorthin gehen, wo sich für sie eine ausreichende Gelegenheit zu lohnbringender Tätigkeit bietet; man soll nicht eine völlig zwecklose Arbeitsgelegenheit für sie schaffen. Würde jemand den Vorschlag machen, selbst bei einem Überfluß von Wohnungen vor den Toren der Stadt Häuser zu errichten und dann wieder niederzureißen, nur um den vielen am Orte anfalligen Baumeistern und Bautechnikern Beschäftigung zu geben, so würde man diesen Mann gewiß nicht ernst nehmen. Warum soll nun aber eine derartige Maßnahme gerade in Rücksicht auf die Rüstungsarbeiter gerechtfertigt erscheinen?
Nach der erwähnten Bestimmung soll nun allerdings die Fortleitung der Rüstungsarbeit grundsätzlich die Ausnahme bilden; aber praktisch liegt der Fall so, daß Munition und sonstiges Kriegsmaterial noch in einer sehr großen Zahl von Betrieben hergestellt wird. Die Verordnung des Demobilisationsamtes kommt diesem Verfahren geradezu entgegen; und wenn auch den Fabrikanten für derartige fortgesetzte Kriegslieferungen der Gewinn gestrichen ist, also nur die Herstellungskosten gezahlt werden, so sind doch geschädigte Verrechnungskünfte zum Schaden des Reiches keineswegs ausgeschlossen, im übrigen aber die Verluste an Geld und wertvollem Material so groß, daß man sogar den höchst bedeutungslosen Faktor der Unredlichkeit unberücksichtigt lassen kann.
Ungeheure Mengen von Rohlen werden einerseits bei der Herstellung, dann wieder bei der Einschmelzung des Kriegsmaterials gebraucht — denn man denkt natürlich nicht daran, sich dieses für einen zukünftigen Krieg

häufig aufzuspeichern. So wird der hochgradige Rohlenmangel noch gesteigert; viele Millionen Tonnen Kohle werden zur Herstellung und Wiedereinschmelzung von unverwendbarem Kriegsmaterial verwendet, während viele mühselige Industriezweige, wie die Kalkindustrie, die Gas- und Elektrizitätswerte Mangel leiden, wodurch dann wieder andere Industrien, das Verkehrswesen usw., und damit zugleich große Arbeiterkategorien in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ebenso schlimm ist die Vergeudung der Arbeitskräfte. Wenn eine Industrie infolge irgendwelcher Umstände oder Einflüsse zum Erlischen verurteilt ist, so müssen sich die Arbeiter wohl oder übel einem anderen Erwerbszweig zuwenden. Die Rüstungsindustrie ist zum Tode verurteilt; ihr qualvolles Leben wurde nur verlängert, um den Arbeitern noch möglichst lange die hohen Löhne zu sichern. Und dabei fehlten in der Landwirtschaft die Hilfskräfte — die für uns alle unentbehrlichen Kartoffeln mußten in der Erde erfrieren. In den Kohlenbezirken fehlen die Bergarbeiter; anstatt sich dort bei der Kohlenförderung zu betätigen, helfen Rüstungsarbeiter im ganzen Lande die Kohlen bei zweckloser Arbeit vernichten. Wahrlich, eine verkehrte Wirtschaft!

Wie aber, wenn man die vielen Tausende von Rüstungsarbeitern an anderer Stelle nicht untergebracht hätte? Dann ist es immer noch besser, ihnen eine Zeit lang die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, bis die vielen großen Baunternehmen der Städte und des Staates soweit gebildet sind, um die großen Arbeitermengen aufnehmen zu können. Denn dann würde wenigstens nur Geld ausgeben werden — und zwar nur zur Bezahlung der Arbeiter, die eine anderweitige Beschäftigung nicht finden können; das Material aber würde für andere Industrien frei werden, die dann ihren Betrieb wieder in größerem Umfange aufnehmen und demgemäß größere Arbeitermengen unterbringen könnten.

So zeigt sich, daß die Fortsetzung der Rüstungsarbeit keineswegs sozial, sondern auch vom Standpunkt der Arbeiterfürsorge verkehrt ist; sie schädigt lebensfähige Industrien, die den Arbeitern dauernd Brot zu gewähren vermögen, im Interesse anderer, die zum offensichtlichen Schaden der ganzen Volksgemeinschaft nur noch künstlich am Leben erhalten wird.

Deutscher Ostmarkentag.

Die Interessen der 850 000 Deutschen.

Wosen, 12. Dezember.

In einer imponierenden Rundgebung gesammelte sich der heutige Deutsche Tag in Wosen, zu dem Hunderttausende von Deutschen herbeigeströmt waren und mit schwarz-weiß-roten Fahnen unter Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ durch die Straßen zogen.

In einer gewaltigen Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, einen Provinzialvolkerrat zu gründen. „Wir“, so heißt es in der einstimmig angenommenen Resolution, „verwahren uns vor allem gegen die Entschlüssen des politischen Teilgebiets-Landes, die Wollant und Stum des Punktes 13 der Friedenskonferenz des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 vergewaltigen. Sie haben der Entschlüssen des Friedenskongresses vorgegriffen, einen Staat im Staate geschaffen und Gebiete beansprucht, welche in jahrhundertelanger deutscher Arbeit zu lebensnotwendigen Bestandteilen des Deutschen Reiches geworden sind.“

Sum Schluß wurde dann auch von dieser Seite die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung gefordert, von der allein man bis zum Friedenskongress den Schutz der Deutschen im Osten erwartet.

Der Waffenstillstand.

Die Besetzung Wiesbadens.

Wiesbaden, 13. Dez. Heute mittag trafen hier die Quartiermacher des französischen Besetzungsheeres ein. Das Gros wird morgen erwartet.

Eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Bremen, 13. Dez. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat Deutschland durch dringende Vorstellungen erwirkt, daß England einer Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See, wenigstens in der Ostsee zugestimmt hat. Der Export von Kohlen, Salz, Kalk nach Schweden wurde danach zugelassen. Andere Exporte von und nach Schweden sollen nach dem System des Geleitscheines eingeführt werden.

Verhaftungen in Bremen.

In Bremen sind durch den A. und S. R. 22 Personen des Bürgerstandes verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich der Referendar Dr. Hugo Gebert, der in letzter Woche sich an der Leitung demokratischer Versammlungen beteiligte. Ueber den Grund der Verhaftungen war bisher nichts zu erfahren.

Wie die Neutralen denken.

Das keineswegs deutschfreundliche sozialdemokratische Organ in Finnland schreibt zu dem Vorsehen der

Entente: Die den germanischen Nationen auferlegten schimpflichen Bedingungen machen einen um so negativeren Eindruck, als sie sich gegen das in großartiger Weise von Reaktion und Militarismus befreite deutsche Volk richten. Auf diese Weise geht man einem neuen Drest-Litowsker Frieden entgegen. Die Triumphtore der Entente haben, vom Siegesbrausch verblendet, sich nicht bemüht, die Ursachen der deutschen Niederlage zu studieren. Um so bitterer wird der Wahnsinn sein, den die eigenen Völker über ihre Köpfe ausgießen werden.

Verschiedene Meldungen.

Brüssel, 12. Dez. Belgische Soldaten haben in Kachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, mißhandelten Bewohner und erschossen einen Juwelier. Französische Soldaten stellten die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

London, 12. Dez. Varnes sagte in einer Rede in Glasgow, er würde es nicht für richtig halten, von Deutschland große Entschädigungssummen einzutreiben, da Deutschland niemals imstande sein werde, sie zu bezahlen.

Berlin, 12. Dez. Trotz Dinwells auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die englische Marinekommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischeret und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf die diesbezügliche, bereits ablehnende Antwort Beattys.

Wilson's Absichten.

Erste Konferenzen mit Italien und Frankreich.

Von dem Dampfer „Washington“, auf dem Wilson fährt, wird drahtlos gemeldet, daß der Präsident „erste Konferenzen“ mit dem italienischen und französischen Vorkämpfer gehabt hat. Wenn auch nichts über den Inhalt derselben verlautet, soviel weiß man doch, daß gerade zwischen Wilson und den übrigen Mitgliedern der Entente nicht unbeträchtliche sachliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, deren Ausgleich nicht ganz leicht sein dürfte.

Ein großer slawischer Ring.

Ein österreichischer Diplomat, der offenbar tief in die Geheimnisse auf der Weltbühne geblickt hat, weiß zu berichten, daß der tschechische Präsident Masaryk ein intimer Freund Wilsons sei und einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge habe, als man gemeinhin annehme. So behauptet er von Masaryk:

Von dem Augenblicke an, als der deutsche Reichstagsabgeordnete Raumann den Versuch machte, aufzuzeigen, wie das österreichische Slaventum dem Expansionsdrange Deutschlands nach Asien dienstbar gemacht werden könnte, begann Masaryks eigentliche Laufbahn. Es gelang ihm, sowohl England wie Amerika zu überzeugen, daß nur ein großer slawischer Ring, von der Dnieper bis zur Adria gezogen, Deutschlands Bestrebungen durchkreuzen könnte. Dazu half ihm, daß damals die Entente bereits den Krieg für verloren gab und sich nach jedem Strohhalm umhau.

Auch die berühmten 14 Punkte Wilsons sollen ein Werk Masaryks sein, von dem außerdem behauptet wird, er wäre mit Wilson durch dessen Frau verwandt. Ferner habe insbesondere der berühmte Selbstbestimmungspunkt gar keinen anderen Zweck gehabt, als den moralischen Rahmen für die tschechischen, polnischen und südslawischen Bestrebungen abzugeben. Einen andern Zweck hat die Selbstbestimmungsformel nicht, und der tragische Kampf Deutsch-Böhmens und wahrscheinlich auch Wiens mit Niederösterreich für dieses Selbstbestimmungsrecht wird, wie ich fürchte, völlig nutzlos sein.

Czernins neue Enthüllungen.

Klagen über veräuferte Friedensmöglichkeiten.

Wien, 12. Dezember.

Die vom Grafen Czernin angekündigten Enthüllungen, die er nun vor einem Kreise von Politikern und Beamtenmännern gemacht hat, erweisen sich bei näherer Betrachtung weit weniger sensationell, als man allgemein erwartet hatte. Die nach dem Muster „Ich habe es vorher gesagt“ aufgemachte Rede maulte eigentlich recht nüchtern an, wenn nicht mancherlei Streiflichter auf Nebendinge fielen, die des Interesses nicht entbehren.

Eine veräuferte Gelegenheit.

Wenn der ehemalige Minister des Auseren behauptet, daß nach der Schlacht von Gorlice der geeignete Augenblick zum Friedensschluß gekommen gewesen sei, so ist das eine bloße Vermutung. Czernin meint, „Majorescu, der damalige Leiter der rumänischen Politik, war nicht abgeneigt, sich aktiv auf unsere Seite zu stellen.“ Sehr schön! Aber Rumänien verlangte Gebietsverweiterungen auf Ungarns Kosten, und die Entente wäre für einen Frieden nie zu haben gewesen, der für die Mittelmächte Verzicht bedeutete. Aber Graf Czernin erklärt außerdem selbst, er wolle nicht positiv behaupten, daß es in diesem oder einem anderen Falle möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen“. Mit diesem Zugeständnis fällt die Anklage des Grafen gegen die deutsche Militärpartei auf, daß die angeblich immer unmachbar gewesen sei.

Zur Rede des Grafen Czernin.

Wien, 13. Dez. Die Rede des Grafen Czernin, die gleichzeitig als Broschüre erscheint, wird in politischen

Kreisen vornehmlich als Wahl- und Programmrede aufgefaßt. Graf Czernin hegt, wie verlautet, seit langem den lebhaften Wunsch, wieder eine hervorragende politische Rolle zu spielen, wozu er durch seine angestrebte Wahl in die deutsch-österreichische Nationalversammlung zu gelangen hofft. Er rechnet hierbei auf Unterstützung deutsch-bürgerlicher demokratischer Kreise, und es wird allgemein bemerkt worden sein, daß er in seiner Rede besonderes Gewicht auf die Führung des Nachweises legte, daß er als aktiver Diplomat und Staatsmann jeder Zeit die jeweilige Lage richtig beurteilt habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Zu der mit im Vordergrund stehenden Frage der Trennung von Kirche und Staat wird von zuständiger Seite nochmals ausdrücklich erklärt, daß diese Angelegenheit von einer völlig unparteiischen Kommission im preussischen Kultusministerium eingehend erörtert und geklärt werde. Dieser Kommission gehört auch eine Anzahl Geistlicher an. Daß eine Trennung unmittelbar bevorstehe, wird erneut nachdrücklich in Abrede gestellt.

• Der Rat der Volksbeauftragten hat zum Schutz der Pressefreiheit erneut eine Bekanntmachung erlassen. Die Reichsregierung tritt darin mit Entschiedenheit den vielfachen Eingriffen der USA entgegen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben. Die Reichskonferenz der USA soll demnächst erwägen, wie gegen lokale Organisationen vorgehen sei, die sich solche willkürlichen Handlungen zuschulden kommen lassen.

• Über die Stellung der USA zur Nationalversammlung sprach sich der Volksbeauftragte Scheidemann bei der Begrüßung der in Berlin eingezogenen 4. Garde-Infanterie-Division aus, indem er sagte: Am 9. November hat das Volk, haben Arbeiter und Soldaten der Sache der Freiheit zum Siege verholfen. Am 16. Dezember soll der zweite Sammer Schlag fallen, vor dem Veraltetes zerbrechen und das Neue fester geschmiedet werden muß. Am 16. Dezember treten die USA des ganzen Reiches zusammen. Ihre Aufgabe ist es, den dritten und größten Tag zu bestimmen — den Tag der Nationalversammlung.

• Zur Vorbereitung einer Frühherlegung der Wahlen zur Nationalversammlung gehen der Reichsleitung und dem Reichsamt des Innern im besonderen täglich aus allen Teilen des Reiches und der noch besetzten Gebiete von größeren und kleineren Körperschaften, Parteien, USA Hunderte von Depeschen mit dem dringenden Wunsch zu, den Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung wesentlich früher — „unverzüglich“ bis „spätestens Mitte Januar“ — anzusetzen.

• Das preussische Ministerium hat die Haftentlassung der rheinischen Großindustriellen Thyssen, Stinnes, Hertz, Becker, Wirth, Krichen und Stens, die wegen Hochverrats festgenommen waren, angeordnet, da sich die Verschuldigung als falsch erwies. Der Urheber der Anschuldigungen, ein Kellner namens Robert Börsch, ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des USA Dortmund. Bei seiner Vernehmung hat Börsch schließlich zugegeben, daß er die Anschuldigungen erdichtet hat. Daraufhin wurde Börsch verhaftet.

• Das preussische Ministerium wendet sich gegen die Abhaltung von Revolutionsfeiern am 1. Januar, was es vielfach geplant war. Es ist möglich, daß solche Feiern offiziell am 1. Rat abgehalten werden sollen.

• Der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts Emanuel Bumm verbietet in einem Rundschreiben den der Aufsicht des Reichs Ernährungsamts unterstellten Betrieben, sich wegen Durchführung des Nichtstundentages mit den USA in Verbindung zu setzen. Vielmehr sollen die erforderlichen Abreden mit den gewerkschaftlichen Organisationen getroffen werden. Sollten diese Räte Anforderungen stellen, so ist unmittelbar um Mitwirkung der Gewerkschaften zu erfragen. Staatssekretär Bumm, der die USA in dieser Frage für unzuständig erklärt, gehört politisch den Unabhängigen Sozialdemokraten an.

• Der Reichsregierung liegt ein erneutes Rücktrittsgesuch Dr. Solfs, des Staatssekretärs des Auswärtigen vor. Der Vornamts schreibt zu diesem Gesuch: Dr. Solf hat seinerzeit der neuen Regierung seine Dienste in sonder Weise zur Verfügung gestellt. Wir haben uns daher an den Angriffen gegen ihn nicht beteiligt, und das um so weniger getan, als die Behauptung, er sei eine „kompromittierte Persönlichkeit“ irrig ist. Es liegt durchaus im Interesse des deutschen Volkes, wenn beim Umbau des Auswärtigen Amtes eine gewisse Vorsicht gewahrt bleibt.

• Überall werden Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die stetig wächst, getroffen. So hat das Reichsamt für Demobilisation eine Reihe von Anordnungen getroffen, um der Not zu steuern. So wird vor allen Dingen angestrebt, die vielen, durch die Rückkehr der Männer brotlos gewordenen Arbeiterinnen auf dem Lande unterzubringen. Auch die Schweizer Regierung geht mit gutem Beispiel voran. Sie warnt vor den Städten, wo großer Arbeitsmangel herrscht und fordert zum Dienst in der Landwirtschaft auf, die täglich Arbeitskräfte anfordere.

Österreich.

• Über die Verluste im Kriege, die Österreich-Ungarn erlitten hat, werden nunmehr nähere Angaben gemacht. Danach beläuft sich der Gesamtverlust an Toten, Verwundeten und Kranken vier Millionen Mann. Die Zahl der Toten allein übersteigt 800.000. Von den Offizieren sind insgesamt 13.000 gefallen, was rund 25% des Offizierskorps ausmacht. Von den Familien Habsburg-Land Palma ist niemand zu Schaden gekommen.

Böhmen.

• Das Vordringen der tschechischen Truppen in den deutschböhmisches Gebieten hat die deutschböhmisches Landesregierung veranlaßt, einen Ruf an die Entente zur Entsendung alliierter Truppen nach Deutschböhmen zu richten. Der Landeshaupmann von Böhmen hat, um die Gefahr ernstlicher Reibungen zu vermeiden, die durch die Besetzung deutscher Städte durch tschechische Truppen drohen, an die Entente Regierungen ein Telegramm gerichtet, in dem er um die Besetzung Deutschböhmens durch amerikanische oder englische Truppen ersucht.

Schweiz.

• Der Bundesrat hat eine Einladung an Wilson ergoßen und ihm mitteilen lassen, daß er sich freuen würde, wenn Wilson anlässlich seiner Europareise auch die Schweiz mit einem Besuch beehren würde. Der Bundesrat würde darin den Beweis der Freundschaft zwischen der größten und der ältesten Republik sehen. Dem Präsidenten

Wilson wäre Gelegenheit geboten, sich persönlich von der Sympathie des Schweizer Volkes zu überzeugen.

• Zum Schweizerischen Bundespräsidenten für 1919 ist Bundesrat Gustav Ador aus Genf von der Bundesversammlung gewählt worden. Ador ist 1845 geboren und zurzeit Leiter des Departements des Innern. Vizepräsident wurde Bundesrat Motta aus dem Kanton Tessin.

Rußland.

• Im Ural erlitten die Bolschewisten eine schwere Niederlage durch andersgerichtete russische Truppen. Eine ganze Bolschewistbande wurde zerstreut und 1000 Gefangene gemacht. Auch wird die Lage der Sowjetregierung dauernd schlechter. In Petersburg ist nur noch allein die dänische Gesandtschaft zurückgeblieben, aber auch ihre Abreise ist nur noch eine Frage von Stunden. Dann sind die Sowjets völlig isoliert. Zudem bildet in Schweden der frühere russische Ministerpräsident Trepow eine neue russische Regierung mit konstitutionellem Einschlag, die jeden Augenblick bereit ist, mit Unterstützung der Entente die Herrschaft in Rußland zu übernehmen.

• An die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten ist eine Note der Sowjetregierung ergangen. Die russische Regierung protestiert darin gegen die Überschreitung der russischen Grenzen durch die Alliierten, die es als böswilligen Angriff und nackten Gewaltakt bezeichnet. Die sozialistische Räterepublik sei nach wie vor bereit, Frieden zu machen. Für ein erneutes Blutvergießen macht sie die Entente-regierungen verantwortlich.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Dez. Reichstagspräsident Fehrenbach ist hier eingetroffen, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten, beabsichtigt aber nicht, aus eigenem Antrieb mit der Regierung in Verbindung zu treten.

Berlin, 12. Dez. Auf Veranlassung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist der bekannte Sozialist Georg Dr. Graf Arco in das Handelsministerium berufen worden. Graf Arco ist der Erfinder der drahtlosen Telegraphie.

Berlin, 12. Dez. Die Ernennung des Prof. v. Moellendorff zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ist nunmehr vollzogen worden.

Berlin, 12. Dez. Die deutsche Vaterlandspartei hat am 10. Dezember die Auflösung der Partei beschlossen.

Wilmshausen, 12. Dez. Die englische Waffenstillstandskommission ist von deutschen Generalen und Vertretern des Soldatenrats Wilmshausen empfangen worden. Auch an der Führung nehmen die Vertreter des Soldatenrats teil, ohne daß von Seiten der englischen Offiziere Einwendungen dagegen erhoben werden.

Dresden, 12. Dez. Nach einer Verfügung des Kultusministeriums darf Katechismusunterricht vom 1. Januar ab in den Schulen nicht mehr abgehalten werden, sondern nur noch biblischer Geschichtsunterricht.

Koblenz, 12. Dez. Der hiesige Arbeiterrat protestiert gegen die Maßnahmen des preussischen Kultusministers Hoffmann, die eine Gefahr für den Bestand des Reiches bildeten.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Die Nachricht, daß die Entente die Auflösung der USA in der neutralen Zone verlangt habe, wird vom hiesigen USA demütiert.

Tübingen, 12. Dez. Die Einwohner des Landkreises Tübingen gegen eine Zuschlagung preussischen Gebiets zu russisch-litauen eine Rundgebung an den Reichskanzler ergangen.

Daag, 12. Dez. Die frühere deutsche Kaiserin ist in Amerongen an einem Herzleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Berliner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen berufen.

Delfingford, 12. Dez. Vorgestern und gestern ist ein tschechisches Karabinierregiment nach Deutschland in See gegangen. Die letzten deutschen Truppen nebst Stab sollen in einigen Tagen eingeschifft werden.

Bom Tage.

Fehrenbach beruft den Reichstag.

Berlin, 12. Dez. Reichstagspräsident Fehrenbach hat an alle Mitglieder des Reichstages folgendes Schreiben gerichtet, das vom Büro des Reichstages unterm 12. Dezember zur Abfertigung gekommen ist: „Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, der Abschluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß sie unserer jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die geschehenden Körperschaften des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als Vertretungen anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl als auch zur Beschlußfassung für das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.“

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet ein weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober erhaltenen Ermächtigung des Reichstages Gebrauch zu machen.

Ich berufe hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst zusammen tretenden Tagung vollständig zu erscheinen.

Berlin NW, 12. Dezember 1918.

Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

An die Herren Reichstagsabgeordneten.

Hindenburg an die Eisenbahner.

In einem Rundschreiben an alle deutschen Eisenbahnverwaltungen spricht Generalfeldmarschall v. Hindenburg den deutschen Eisenbahnbedürden und allen ihren Angestellten seinen Dank für alles aus, was von den Heimatsverwaltungen während der hinter uns liegenden Kriegsjahre im Dienste des Heeres geschehen ist. Der Schnelligkeit und Sicherheit in der Bewältigung aller großen Transportbewegungen in den 51 Monaten des Krieges sei es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß bis zum letzten Tag die Wirten des Krieges dem Boden der Heimat ferngehalten worden seien. Hier habe sich die rastlose opferwillige Arbeit der deutschen Eisenbahner bewährt. Der ewige Dank des Heeres und der Heimat sei allen deutschen Eisenbahnern gewiß. Dann heißt es in dem Schreiben weiter: „Aber mit

diesem Dank verbinde ich eine Bitte: Wir stehen noch nicht am Ende unserer Arbeit. Riesengroß sind die Leistungen, die in diesen Tagen und Wochen von den deutschen Eisenbahnern gefordert werden. Außer der Rückführung des Heeres gilt es, das gesamte heimische Wirtschaftsleben, vor allem den Lebensmittel- und Kohlenverkehr, aufrecht zu erhalten. Der deutsche Eisenbahner wird auch diese Aufgabe lösen. Er, der 52 Monate lang unter Hintanziehung aller persönlichen Wünsche und Vorteile draußen auf seinem Posten gestanden hat, wird auch für die wenigen Wochen der Krisis, die vor uns liegt, noch ausharren können, sich selbst und seinem Vaterlande treu, zum Ruhm der deutschen Eisenbahner.“

Die Behandlung der deutschen Delegierten.

Die deutsche Delegation wurde bei ihrem Eintreffen in Trier von amerikanischen Truppen unter Schutz genommen und starken Beschränkungen in ihrer Bewegungsfreiheit unterworfen. Keines der Mitglieder durfte auf die Straße gehen, auch der Verkehr untereinander war so gut wie unmöglich gemacht. Die Maßnahmen wurden veranlaßt durch General Foch. Auf Vorstellung des Führers der deutschen Delegation, des Herrn Erzberger sind diese Anordnungen wieder rückgängig gemacht worden. Sie waren getroffen worden aus militärischen Gesichtspunkten heraus, da der Marschall Foch die Auffassung vertrat, daß in den besetzten Gebieten den Vertretern des Deutschen Reiches ein freier Verkehr nicht zugestanden werden könnte. Nunmehr ist die Beschränkung völlig wieder beseitigt. Die deutsche Delegation kann sich frei bewegen, auch die Straßen betreten. Die Mitglieder können untereinander verkehren und die Einrichtung eines Kurierdienstes und eines Telephondienstes, der zunächst auch unterbunden war, ist zugelassen worden.

Die Räumung des Ostgebiets.

Berlin, 12. Dez. Die Räumung des besetzten Ostgebiets schreitet vorwärts. Gestern ist Minsk geräumt worden. Leider kam es dabei wieder zu Zwischenfällen mit den bolschewistischen Rätetruppen, da diese vorzeitig einrückten. Sie haben unsere Räumungszüge auf den Bahnhöfen festgehalten und vollkommen ausgeraubt und die Begleitmannschaften entlassen.

Gren über die Freiheit der Meere.

Nach einer Reutermeldung aus London sagte Lord Grey in seiner Rede noch: „Ohne die Blockade würde Deutschland gefloht haben. Angenommen, die Lage würde sich wiederholen, so kann man sich unmöglich vorstellen, daß die Vereinigten Staaten sagen würden, daß die Blockade, die eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg ist, wenn man wiederum mit Deutschland zu tun hätte, nicht gestattet werden würde. Präsident Wilson will wahrscheinlich haben, daß die Freiheit der Meere für jede Nation gesichert werden soll, die die Vertragsbestimmungen des Völkerbundes einhält und jeder Nation verweigert werden soll, die diese Bestimmungen bricht. Dann wäre aber der Völkerbund die einzige Lösung der Frage.“

Die Entente gegen die Bolschewisten.

Der „Temps“ kündigt für nächste Woche, falls Wilson keinen Widerspruch erhebt, ein entscheidendes Eintreten der Entente gegen die Bolschewisten-Regierung an. Es ist möglich, daß Wilson eine Art Ultimatum vorschlagen wird, das auch auf die Entkündigung des Brest-Litowsker Vertrages Bezug nehmen wird.

Keine Abrüstung der englischen und französischen Armeen.

Der Londoner Mitarbeiter der „Bas. Nachr.“ kommt auf Grund eingehender Informationen an zuständiger englischer Stelle zu dem Ergebnis, daß England seine Vorherrschaft zur See ebenso wenig aufzugeben gedenkt, wie Frankreich sich gegen die allgemeine Abrüstung sträuben wird. Frankreich befürwortet die Abrüstung der Nationen wohl, will aber selbst von diesem Gebot der zukünftigen Friedenskonferenz ausgenommen sein.

Ausdehnung der Streiks im Ruhrrevier.

Eisen-Ruhr, 13. Dez. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier dehnt sich aus. Die Zahl der streikenden Bergleute beläuft sich bei allen in Betracht kommenden Kohlenzügen auf annähernd 54.000 Mann.

Reichsleitung und Nationalversammlung.

Berlin, 12. Dez. Jeden Tag gelangen an den Rat der Volksbeauftragten von bundesstaatlichen Volksregierungen, von kaiserlichen und staatlichen Körperschaften, Organisationen aller Parteien und zahllosen Verfassungen Rundgebungen, die eine wesentlich beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung fordern. Die Reichsleitung hat, wie sie erklärt, den 16. Februar vorerst als Zeitpunkt für die Wahlen ins Auge gefaßt. Sollte der am 28. Dezember zusammen tretende USA aus dem ganzen Reich wird es sein, durch Beschluß zum Ausdruck zu bringen, ob die Mehrheit sich für einen anderen Termin entscheiden will.

Die englische Hungerblockade.

Berlin, 12. Dez. Admiral Beatty und der englische General in Spaa haben dem deutschen Bevollmächtigten gegenüber erklärt, daß die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln, wie dies die Waffenstillstandsbedingungen ausdrücklich vorsehen, von der Schnelligkeit und dem Wohlwollen abhängig gemacht werden sollte, mit dem Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen ausführen würde.

Befehle von München und Dresden?

München, 12. Dez. Der „Secolo“ meldet aus Paris, daß München und Dresden Anfang Januar von den Alliierten besetzt werden sollen.

Besserer Schutz der Offiziere.

Berlin, 12. Dez. Hindenburg hat einen Brief an die Regierung gerichtet, in dem er sich über die Behandlung der Offiziere beklagt. Das Kabinett hat sich darauf eingehend mit der Angelegenheit befaßt und will die Verhältnisse der Offiziere einer Neuordnung unterziehen. Eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums steht unmittelbar bevor. In erster Linie soll die willkürliche Eingriffe in die wirtschaftliche Sicherheit der Offiziere verhindert werden.

Wilhelm II. gekrank?

Daag, 12. Dez. Das Verhalten des ehemaligen Kaisers Wilhelm in seinem holländischen Exil gibt Anlaß zu der Ver-

...mung, daß er geisteskrank ist. Er ist bei besserer Laune, ergeht sich in Scherzen über seine Abbanung und klagt nur viel über Kopfschmerzen. Eine heftige Einwirkung des katastrophalen Sturzes ist bei ihm nicht zu bemerken. Selbst sein Gastgeber ist sprachlos über dieses Verhalten, das nur durch eine geistige Erkrankung zu erklären sei.

Einkaufung der Paketpost nach Schweden.

Berlin, 12. Dez. Wegen Beförderungsschwierigkeiten werden Pakete nach Schweden und Norwegen bis auf weiteres von den Postanstalten nicht mehr angenommen. Unterwegs befindliche Pakete werden an die Abfender zurückgeschickt.

Boikott deutscher Waren in Belgien.

Brüssel, 12. Dez. Die Stadtverwaltung ließ eine Verfassung ergehen, nach der deutsche Erzeugnisse künftig nicht mehr für städtische Rechnung angekauft werden dürfen. Ferner sollen Angebote von Firmen, die mit dem Feinde Handel treiben, nicht mehr berücksichtigt werden. Die belgischen Banken haben alle Beamten deutscher Herkunft entlassen.

Republik Rirdorf.

Aus dem Paradies des Spartakusbundes.

dt. Berlin, 12. Dezember.

Die Vorgänge, die sich in der Groß-Berliner Vorstadt Rirdorf, die seit einigen Jahren Neukölln heißt (höflich Jungen behaupten, der Hauptmann von Köpenick, der aus der Rirdorfer Kopfstraße stammt, habe den letzten Anstoß zur Namensänderung gegeben) jetzt ereignen, sind dem Außenstehenden ziemlich unverständlich. Trotz aller Regierungsverordnungen herrscht nämlich dort der Spartakusgeist völlig ungehindert, nach eigenen Methoden und nach eigenen Gesetzen, oder besser gesagt, ohne alle Gesetze.

Wer die Heißhitz der Spartakusleute, das Neuköllner Rathaus, betritt, wird sofort umweht von dem radikalen Geist, der hier in der rauhen Wirklichkeit des Paradieses schaffend will, das weltentrückte Theoretiker in verzückten Stunden auf dem Papier entworfen. Wie vor dem Sitz der Sowjetregierung in Moskau, so weht auch hier über dem Portal die rote Fahne mit der gestickten Aufschrift: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Im großen Treppenhause aber grünen grelle Blätter, die die rote Fahne, das Organ des Spartakus anpreisen, weißen Ankündigungen auf die Wände stellen für „Urlauber — Delektanten und heimkehrende Krieger“ hin. Im Rathaus aber herrscht verordnungsfreie wie der schreibwütigste Landrat der guten alten Zeit die Masse der Spartakusleute.

Was schafft nun Spartakus? Unbekümmert um die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt ordnet er an, daß künftig keine Mietssteigerungen mehr vorgenommen werden dürfen, befiehlt er, daß alle Gehälter und Einkommen von Kriegsteilnehmern und Personen, die unter 5000 Mark verdienen, jeder Pfändung und Zwangsvollstreckung entzogen sind. Mit anderen Worten, auch der wohlhabende Kriegsteilnehmer braucht hinfort keine Miete oder andere Verpflichtungen zu zahlen und jeder Lustfuss, der 4800 Mark verdient, kann Schulden machen, wie ein Major des früheren Regimes, ohne fahbar zu sein. Neukölln-Rirdorf war einst das Paradies bunter Lebemann. Sie alle werden jetzt das Spartakusparadies aufsuchen, das moderne Scharaffenland, wo eine Handvoll Leute, gestützt auf Deserteure (die man sonst überall in den Soldatenvertreterungen ablehnt) eine neue Weltordnung für ein Gemeinwesen entwirft.

Und Spartakus läßt sich keine Kreise nicht stören. Dem Magistrat, der einige wichtige Vorlagen der Stadtversammlung vorlegen wollte, wurde kurzerhand erklärt, die Mandate der Stadtverordneten seien erloschen, der Magistrat werde mit dem Magistrat die Vorlagen beraten. Bemerkenswert ist, daß man aus diesem Magistrat vor einigen Tagen die Mehrheitsfraktion verdrängt hat. Er besteht jetzt aus Unabhängigen, Spartakusleuten und Deserteuren! Und diese Volksbeauftragten regieren in dem selbständigen Gemeinwesen ohne Rücksicht auf Staat und Reich, ohne Rücksicht auf Bürger und Gesetze, weil sie die Macht an sich gerissen haben und weil sie über die Gelder — und wie — verfügen.

Und wenige Schritte vom Schauspiel der Taten dieser Gelder aus „Scharaffen“ liegt das alte Rirdorf, das berühmte Dorf, verträumt und wirklichkeitsfremd, das die Revolution nicht versteht, von Spartakus nichts weiß und nur besorgt ist, daß die weiteren Verordnungen vom Rathaus den Auf Neukölln in der ganzen Welt so heillos bloßstellen, wie es einst die Verbrecher mit dem Rufe Rirdorfs taten...

Berlin, 13. Dez. Die in Neu-Kölln herrschenden Spartakus Leute haben ihre Drohung, das Stadtparlament zu sprengen, wahr gemacht. Die für gestern einberufene Versammlung der Stadtverordneten konnte nicht stattfinden, da das Rathaus nur für Mitglieder des A. und S.-Rates geöffnet war. Auch der Versuch der Stadtvertreter, in dem Bürgeraal ihre Sitzung abzuhalten, mißlang, da das Lokal vorgezogen durch Soldaten besetzt wurde. Der Magistrat von Neu-Kölln hat sich jetzt dazu entschlossen, zwei Mitglieder des A. und S.-Rates aufzunehmen, angeblich, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Der A. und S.-Rat hat jedoch dieses Angebot abgelehnt, da dem A. und S.-Rat jetzt die alleinige Macht zustehe.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 14. Dezember 1918.

Aus dem Kreisblatt.

Verkauf von Militärpferden. Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 21. Nov. ds. Js. — Kreisblatt Nr. 275 — weise ich die Herren Bürgermeister hiernach an, jedem Pferdegebräucher nur einmal eine Bescheinigung über den Bedarf an Pferden auszustellen. Ich mache hierbei nochmals darauf aufmerksam, daß Pferdehändler für die Versteigerung von Militärpferden solche Ausweise nicht auszustellen sind. Aus der Bescheinigung muß hervorgehen, wieviel Pferde der Betr. gebraucht, und ferner ist in ihr zu vermerken, daß er kein Händler, sondern Selbstgebräucher ist. Für die Zuteilung von Hafer durch den Kreis wird keine Gewähr übernommen. Um einen Mißbrauch mit den behördlichen Ausweisen zu verhindern, sind die Truppendeile angewiesen, für die Folge den Käufern diese abzunehmen. Der Landrat.

* Heute trifft die ständige Einquartierung hier ein in Stärke von einer Batterie Artillerie

und einer Kompanie Infanterie. Die Ortskommandantur wird ebenfalls eine ständige Einrichtung.

* (Butterrevisor.) Der Landwirt Fritz Geh aus Dillenburg ist zum Kreisrevisor über das Milch- und Butteraufkommen in Milkreife ernannt worden.

* Eine neue starke Einschränkung des Personenzugverkehrs steht in der nächsten Woche bevor. Die Demobilisierung, Beförderung von Lebensmitteln und die Ablieferung der 150 000 Eisenbahnwagen haben diese neueste, recht unliebsame Maßnahme bewirkt.

Weilbach (Kr. Wiesb.) Billiges Geflügel gibt es hier, d. h. nur für die im Ort einquartierten französischen Besatzung. Diese bezahlt ein requiriertes Huhn mit 1 Mark, eine Ente mit 2 Mark und eine Gans mit 3 Mark.

Frankfurt a. M. Einem hier eingegangenen Telegramm zufolge werden in der neutralen Zone als Polizeitruppen keine Verbände der 5. Armee, sondern nur Friedenstruppenteile des 18. Armeekorps verwendet.

— Das infolge irrlicher Befehlsgebung am Donnerstag nach hier als Polizeitruppe beordert gewesene Inf.-Regt. 171 hat Frankfurt wieder verlassen und bezog in Kessel und Groß-Karben Quartier. Die daran geknüpften Gerüchte von einer Besetzung Frankfurts durch Ententetruppen entbehren Magistratsmitteilungen zufolge jeder Begründung. Von einer Besetzung der Stadt ist nach wie vor nicht die Rede. In etwa acht Tagen werden Teile des hiesigen Inf.-Regts. 81, das jetzt in Wehrh. liegt, hier eintreffen.

— Die Gesamtzahl der beim städtischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen stieg bis zum Schluß der Vorwoche auf 10 200. Hierunter entfielen 2000 auf die Metallarbeiter, 1400 auf die kaufmännischen Berufe und 800 auf Gasthausgehilfen. Wesentlich günstiger gestaltet sich die Biffer der weiblichen Arbeitslosen. Es standen hier 900 Arbeitslosen 1000 offene Stellen für die Hauswirtschaft offen. An Erwerbslosenunterstützung wurden in den ersten zwei Wochen 160 000 Mark ausgezahlt. In dieser Woche erreichte die Biffer bereits 100 000 Mark.

Hörsheim. Am Freitag früh trafen hier 1000 Mann französischer Besatzungstruppen ein, von denen 250 Mann im Ort verblieben. Die übrigen Truppen besetzten die Nachbardörfer.

Fulda. Bei dem Konkurs des Bankhauses Hermann Knips, der auf Spekulationen und die Beteiligung an Heereslieferungen zurückzuführen ist, besteht die Mehrzahl der Gläubiger aus Landwirten, kleinen Handwerkern und Privaten. Die Vertretung der Rechte dieser Leute vor dem Gericht übernahm der Hessische Bankverein.

Köln, 13. Dez. Die Vorschriften des Kommandeurs der englischen Besatzungstruppen haben eine wesentliche Milderung erfahren. Der Straßenverkehr ist fortan von morgens 5 bis abends 9 Uhr zugelassen. Die Gruppiertheit der englischen Offiziere gegenüber fällt weg. Der Zivilist hat den englischen Offizier zu grüßen, wenn er ihn anspricht oder von ihm angesprochen wird. Die größeren politischen Kölner Zeitungen erscheinen in der bisher üblichen Weise.

— Seltsame Kanonentransporte konnte man in den letzten Tagen auf den Straßen unserer Stadt beobachten. Die vom Gouvernement angeschafften Kanonen, daß für jedes leichte Geschütz 100 Mk. und für jedes schwere Geschütz 200 Mk. bei Übergabe auf der rechten Rheinseite gezahlt wurden, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Vor allem war die Schulpfug sehr eifrig ans Werk gegangen. Wo sie keine Kanonen finden konnten, schab sie einfach Materialwagen und Proben über die Brücke. Man sah da viele seltsame Gespanne, kleine Antriebe, die sich zu Dutzenden zusammengehangen hatten und mit ameisenhafter Zähigkeit ihre „Kanone“ durch den Straßenschmutz zogen und „düten“, und mancher Dreifüßler arbeitete mit ausgezogener Jacke wie ein „Alter“. Dabei ließen sich die gut geschmückten, in Bronzenfarben lackierten Gefährte auf dem Asphaltboden verhältnismäßig leicht transportieren. Auf der Schildergasse sahen wir eine Frau, die sich vor eine Probe gespannt hatte und mühsam ihres Weges suchte. Als ein Menschenfreund ihr beim Ziehen etwas behilflich sein wollte, wurde er nicht schlecht angefahren: „Dobum gebliebe! Ich trede ming Kanon selber!“ Sie hatte offenbar Angst, daß sich ein Teufelhaber einstellen würde, mit dem sie den zu erwartenden klingenden Lohn dann teilen mußte.

Würzburg, 13. Dez. Ein Butschversuch wurde vergangene Nacht auf den im Rathaus tagenden Soldatenrat gemacht. Mit Maschinengewehren ausgerüstete Frontsoldaten besetzten das Rathaus und das Telephon und drängten dann in den Sitzungssaal, wo sie die Weiterverhandlung untersagten. Drei mißliebige Führer des Soldatenrates wurden von den Soldaten verhaftet und zur Residenz gebracht, wo ihre sofortige Abdankung verlangt wurde. Die Soldaten erklärten, im übrigen ganz auf dem Boden der Republik zu stehen. Nachdem ihrem Verlangen, entsprechende Abhilfe zu schaffen, zugesagt wurde, zogen sie wieder ruhig ab.

Letzte Nachrichten.

Wilson in Frankreich gelandet.

Bordeaux, 14. Dez. (Reuter.) Präsident Wilson ist an Land gegangen.

Graf der Nordseestreitkräfte an Hindenburg.

Kassel, 14. Dez. Im Namen der Kameraden der Nordseebeschützen und U-Boot-Begleitflotten und der Kasserer Matrosenkompanien wird Nachstehendes mitgeteilt:

„Von der Nordseeflotte kommend, entbieten unsere Blausackden der Nordseestreitkräfte unserem Generalfeldmarschall v. Hindenburg in tiefer Verehrung ihren Gruß. Sie erachten es als ihre heiligste Pflicht, treu zur jetzigen Regierung zu stehen und an der Wiederherstellung der Ordnung im Vaterlande mit allen Kräften mitzuwirken und sie zu erhalten.“

Schweizer Hilfe zur Ernährung Wiens.

Bern, 14. Dez. (Schweizer Dep.-Agentur.) Im Nationalrat stellte Jäger und Mitunterzeichner einen Antrag: Der Bundesrat möge Vorkehrungen treffen, um dem Hungereleid in Wien Einhalt zu tun durch direkte Zusendung von Lebensmitteln aus der Schweiz und Anrufung der Hilfe der Entente und Amerikas. Der Antrag wird in der Montagssitzung verhandelt werden.

Standrecht über Gablonz verhängt.

Wien, 14. Dez. (Wien. Korresp.) Da in Gablonz in der Nacht mehrere Einbrüche verübt wurden, wurde über die Stadt das Standrecht verhängt. Die Tscheko-Slowaken besetzten Waffendörfer bei Reichenberg.

Meuterei russischer Kriegsgefangener.

Deuthen, 14. Dez. Auf dem Gotthardschacht bei Orzgon kam es gestern unter den russischen Kriegsgefangenen zu einer Meuterei, weil die Russen infolge des Waffenstillstandes sich weigerten, weiter zu arbeiten, nachdem sie bereits drei Tage gefesselt hatten. Auf dem Grubenhof wurde das dort zur Bewachung der Kriegsgefangenen befindliche Militärkommando von den Russen, die mehrere hundert Mann stark waren und versuchten, den Wachmannschaften die Gewehre zu entreißen, angegriffen. Sie drangen mit eisernen Stäben, die sie von den Bettstellen abgerissen hatten, gegen die Wachmannschaften vor. Der Unteroffizier des Wachkommandos gab Befehl zum Feuern. Dabei wurden 6 Kriegsgefangene getötet und 7 teils schwer, teils leicht verletzt. Darauf baten die Russen um Gnade und nahmen die Arbeit wieder auf.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Wer keine Klassendiktatur, sondern einen wahrhaft freien Volksstaat wünscht, trete der Deutschen demokratischen Partei sofort bei! Anmeldungen wolle man an den Demokratischen Verein Herborn richten!

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Lebensmittelversorgung.

Am Dienstag Verkauf von Bries gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 7 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1—800	Peter Prinz
„ 801—1600	Aug. Kurech.
„ 1601—2400	Chr. Piskator Bwe.
„ 2401—3200	Gust. Meckel.
„ 3201—4000	Theod. Pfeiffer.
„ 4001 ab	Konsum Sandweg.

Am Donnerstag Verkauf von Butter gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 4 der grauen Fettkarten in der Verkaufsstelle von M. Piskator und Abschnitt Nr. 4 der gelben Fettkarten in der Verkaufsstelle von Fr. Krimmel.

Herborn, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 1/5 Uhr

Vortrag

in der Kirche von Prof. D. Knodt:

„Die Bibel und die Bildung“.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Der evang. Kirchenvorstand.

Der Kreisverband für Handel und Gewerbe

erteilt Rat u. Auskunft und gewährt Beistand

in allen wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen und sozialen

„ Angelegenheiten für Handwerk und Gewerbe. „

Für die Mitglieder ist die Auskunft gebührenfrei.

Die Geschäftsstelle befindet sich hier in der Drantenstr. 30.

Dillenburg, den 11. Dezember 1918.

H. Richter,

Vorsitzender.

Röber,

Geschäftsführer.

Am 15. Dezember werden

6 überzähl. Zugpferde

schweren und mittleren Schlags verkauft. Käufer wollen sich am 15. Dezember, 11 Uhr vorm. im Gasthof „Rassauer Hof“ einfinden.

Korps Brücken-Train 16.

Giesener Pädagogium.

Höhere Privatschule für alle Schularten. Sekta—Oberprima. Einjährig, Primarstufe, Abiturienten-Prüfung.

Individualischer Unterricht. Kleine Klassen. Arbeitsstunden.

Schülerheim in etwa 25 000 qm Park. Gute Verpflegung.

Charakterbildung durch Arbeit und Pflichten.

Giesener a. d. Lahn, Wilhelmstr. 16, Nähe Universität. Fernr. 2078.

Beste Erfolge. Direktor Brademann.

Bolks- und Mittelschule zu Herborn.

Der Unterricht kann vor Weihnachten nicht wieder aufgenommen werden. Er beginnt erst wieder am Mittwoch, den 8. Januar 1919.

Die Schulleiter.

Morgen, Sonntag, den 15. Dezember

Tanzmusik

im „Deutschen Haus“, wozu wir hiermit herzlich einladen.

Mehrere Feldgrauen.

Zu dem heute Samstagabend im Saalbau Mehler stattfindenden

Tanzvergnügen

ladet die Damen von Herborn ergebenst ein. Anfang 6 Uhr.

Vergnügungsausschuß
Pionier-Bataillon 5.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

F. W. Rincker, Sinn.

Tüchtige Arbeiter

finden als Steinlader und Erdarbeiter dauernde Beschäftigung.

H. Emil Wurmbach, Uckersdorf
Kalksteinbruch Erdbach.

Maurer, Tagelöhner und Betonarbeiter.

H. W. Rinn, Dillenburg.
Laufenderstein 3.

Zum möglichst sofortigen Eintritt werden tüchtige

Former, Gußpußer und Modellschreiner gesucht.

Meldungen an

Freier Bruder Eisen- u. Metallwerke,
G. m. b. H., Reunkirchen (Bezirk Arnsberg).



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden
Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.
Landesbankstelle (Zweigstelle) Herborn. Fernruf 234.
Reichsbankgirokonto. Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 608.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank,
auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse,
auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit
Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren,
sowie an Gemeinden und öffentlichen Verbände mit oder ohne besondere
Sicherstellung.

Sonstige Geschäftsweize

Verwahrung u. Verwaltung von Wertpapieren (offene u. geschlossene Depots),
Vermietung verschlossener Schrankfächer,
An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks,
Einlösung fälliger Zinsscheine.

Kassen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut der Bezirksverbände des Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel.

Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Wiesbaden, Rheinstraße 44.

Manufaktur-Modewaren

Damen- u. Kinder-Konfektion
Herren- u. Knaben-Konfektion

Damenputz :: Tapiserie :: Kurzwaren
Sämtliche Schneiderei-Artikel

Herren- und Damen-
Wäsche

bringt in grösster Auswahl

Kaufhaus

A. H. König, Dillenburg.

Achtung!

Sonntag, den 15. Dez., morgens 10 Uhr im
Saalbau Heuser

grosse Parteiversammlung

der Unabh. Sozialdemokr. Partei.

Befinnungsgenossen, wie überhaupt Jedermann werden
hierzu freundlichst eingeladen.

Der Parteivorstand.

Reichsbank-Girokonto.

Fernsprecher 43.

L. Pfeiffer

Postscheck-Konto

Frankfurt a. M. Nr. 18450

Depositenkasse Dillenburg Dillenburg.

Hauptgeschäft Kassel :: Zweigstellen Fulda, Hersfeld, Marburg
Wildungen, Witzhausen :: Agenturen Allendorf, Bebra, Hünfeld

Scheckrechnungen

Zinsvergütung: 3 1/2 %.

Kostenlose Abgabe von Brief-
schecks, Postkartenschecks,
Ueberweisungsvordrucken und
Scheckbriefen.

Depositen (Spar)-Rechnungen

Zinsvergütung:

3 1/2 % bei täglicher Kündigung
4 % „ 1/4 jährlicher „
Bei längerer Kündigung nach
Vereinbarung.

Geld für die 9. Kriegsanleihe verzinst sich mit 4 1/2 % bis zum
ersten Einzahlungstage.

An- und Verkäufe von Wechseln und Wertpapieren.

Verwaltung und Verlosungskontrolle von Wertpapieren.

Alle sonstigen bankmässigen Geschäfte.

Medizinische Baseline

Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und
Hautpflege empfiehlt

Drogerie H. Doeck.

Ein noch fast neues

Klavier

hat abzugeben

Gustav Müller,
Eidelshausen.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den denkbar. höchst. Preisen
Aug. Kehler, Wehlar,
Telefon 192. Bahnstr. 23.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-
preisen. Unfälle werden
schnell erledigt. Zahle hohe
Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen,
Lenstraße 3. Telefon 361.

2 Ziegen

und

3 Schafe

zu verkaufen.

Wilhelm Reuter, Herborn.

5-6 junge

Leghühner

neast 1 Hahn zu kaufen
gesucht.

Louis Meckel, Kaufmann.

Eine gut gehende

Jauchepumpe

abzugeben bei
Emmerich, Pumpenmacher,
Herborn.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen
Telegraphenlinie in Medenbach (Dillkreis) liegt bei
dem unterzeichneten Postamt von heute ab 4 Wochen aus.
Herborn (Dillkreis) den 13. Dezember 1918.

Postamt.

Aus dem Felde zurück

Dr. Reipen

Hals-, Nasen- und Ohren-Arzt

Siegen, Kampenstrasse 17 1/2.

Sprechzeit: 10-12 Uhr vorm., 2-4 Uhr nachm. Samstags nur
10-12 Uhr vorm. Sonntags keine Sprechstunden.

CARL ROMPF

Rechtskonsulent

Steighausplatz Nr. 23 WETZLAR Telefon Nr. 43

Büro

für Erledigung aller vorkommenden
Rechts- u. Vertrauens-Angelegenheiten,
Ermittlungen, Auskünfte aller Arten
regelt insbesondere

Erbteilungs- und Vermögens-
Auseinandersetzungen.

Junger Kaufmann,

welcher über 3 Jahre im
Büro beschäftigt war, in
Buchführung und Schreib-
maschine bewandert ist, sucht
Stellung. Angebote unter
Nr. 118 an die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Saubere, zuverlässige

Frau

oder älteres Mädchen für
einige Tagesstunden zum
1. Jan. gesucht.

Frau Präparandenlehrer
Welcher.

Tücht. Mädchen

per sofort gesucht.

Frau
Therese Sondheim Bwe.,
Siegen, Nordanlage 11.

Gaslampe

auch gebraucht, jedoch gut
erhalten zu kaufen gesucht.
Angebote unter D. M. an
die Geschäftsst. ds. Bl.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unserer lieben
Tochter und Schwester sagen wir auf diesem
Wege unseren innigsten Dank. Allen denen
auch, die während ihrer langen Leidenszeit
durch Besuche oder andere Beweise der Liebe
sie so manchenmal erfreut haben. Auch
danken wir Herrn Professor D. Haußen für
die trostreichen Worte am Grabe. Ferner für
die vielen Kranz- und Blumen Spenden und
allen denen, die unserer lieben Entschlafenen
die letzte Ehre erwiesen haben.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Oberassistent Ludwig Schneider u. Familie.

Krieger = Verein Herborn.

Unsere Kameraden, die Fahrer

Lang u. Mertelmeier

sind im Teillazarett ihren schweren Verletzungen
erlegen. Die Ueberführung nach der Bahn
erfolgt Sonntag, den 14. Dezember nachmittags
1 1/2 3 Uhr. Antreten bei der Fahne 2 1/2 Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung bittet:

Der Vorstand.